

Susanne Elsen • Günther Reifer • Andreas Wild • Evelyn Oberleiter (Hrsg.)

Die
Kunst des
Wandels

Ansätze für die ökosoziale Transformation



Susanne Elsen, Günther Reifer, Andreas Wild, Evelyn Oberleiter (Hrsg.)

Die Kunst des Wandels

Ansätze für die ökosoziale Transformation

ISBN 978-3-86581-658-0

248 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 24,95 Euro

oekom verlag, München 2015

www.oekom.de

Gemeinwesen, Gemeingüter und ökosoziale Wende

Von Susanne Elsen

Seit ca. zwanzig Jahren entsteht in den entwickelten Industriegesellschaften ein facettenreiches Spektrum wirtschaftlicher Aktivitäten im lokalen Kontext, deren Akteure nicht primär aus profitorientierten Motiven, sondern aus diversen anderen Gründen ökonomisch aktiv werden. Wie ein doppelter Boden unter dem schwankenden Trapez der krisenhaften, sozial und territorial entkoppelten Marktwirtschaft scheint sich eine komplementäre Struktur gesellschaftlich eingebundener Ökonomien zu formieren, die auf konkrete Bedarfs- und Problemlagen von Menschen und Gemeinwesen antworten. Diese sozialen Experimente sind angesichts einer höchst unsicheren Zukunft Labore für Politiken der Möglichkeiten zur Sicherung der Gegenwart und Zukunft.

Gemeinwesenökonomie: Zukunft braucht einen doppelten Boden

Der Begriff Gemeinwesen impliziert die Vorstellung des »gemeinen Eigenen«, also die materiellen und nicht materiellen Grundlagen und Voraussetzungen des Lebens und Zusammenlebens in einem Territorium verbunden mit einem pluralen Eigentumsbegriff. Wirtschaften in diesem Sinne ist ein zentraler Aspekt des sozialen Austauschs und des Zusammenlebens. »Gemeinwesen« ist ein Gegenentwurf zum Menschen- und Gesellschaftsbild der orthodoxen Marktwirtschaft, ihren Rationalitätskriterien und Koordinationsprinzipien,¹ aber ebenso zu einem Staatsverständnis, welches sich auf Wettbewerbs- und Wachstumsförderung sowie Kontrolle und Verwaltung der Bürgerbelange beschränkt.

¹ Elsen, S. (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. München und Weinheim: Juventa.

Gemeinwesenökonomien sind lokale Lösungsansätze, die sich im Bereich zwischen Staat, Markt und Lebenswelt herausbilden. Die (Re-)Produktion und Bewirtschaftung des Gemeinwesens ist dabei Kontext, Ziel und Grundlage vielfältiger Formen, die Subsistenzwirtschaft, Familienökonomien, Tauschwirtschaft, Gemeinschaftsnutzung, Kooperativen, sozialökonomische Netzwerke, Regional- und Zeitwährungen sowie sozial eingebundene Marktunternehmen umfassen. Treibende Kräfte dieser Gründungen sind Bürgerinnen und Bürger, die die Organisation eigener und gemeinsamer Belange selbst in die Hand nehmen. Die Bündelung der Kräfte zu gemeinsamem produktivem Handeln bringt Gemeinwesen in neuer Weise hervor.

Was ihren Entstehungshintergrund betrifft, so lassen sich diverse Strömungen unterscheiden, die jeweils verbunden sind mit unterschiedlichen Akteuren und sozialökonomischen Zielsetzungen. Gemeinwesenökonomien sind einerseits Antworten auf die prekären Lebenssituationen einer wachsenden Gruppe von Menschen, die aufgrund von Armut und Arbeitslosigkeit bzw. einer rasanten Prekarisierung der Erwerbsarbeit Möglichkeiten der eigenständigen Existenzsicherung suchen. Es handelt sich um sozial- und arbeitsmarktpolitisch motivierte Gründungen v. a. in Form von Sozial- und Solidargenossenschaften, aber auch im Bereich der städtischen Lebensmittelproduktion (»Urban Agriculture«) geht es längst um Antworten auf öffentliche und private Armut. Als neue Antworten auf soziale Fragen sind auch die Ansätze zur Gestaltung selbst bestimmten Lebens und Wohnens im Alter (Senioren-genossenschaften und Zeitbanken) zu betrachten. Auch die fehlende Nahraumversorgung wird für nicht mobile Bevölkerungsgruppen zu einem sozialen Problem, welches auf dem Land zur weiteren Abwanderung beiträgt. Die kooperative Organisation der Nahraumversorgung ist in vielen peripheren Gebieten Voraussetzung zur Erhaltung des Gemeinwesens.

Auf der anderen Seite stehen Akteurinnen und Akteure, die aus sozialkulturellen und ökosozialen Gründen Alternativen zu dem suchen, was sie als Lebensmodell für sich ablehnen. Auf der Suche nach Ansätzen eines guten Lebens wählen diese Vertreterinnen und Vertreter der Konsum- und Wachstumskritik neue Produktions-, Nutzungs- und Lebensformen im städtischen und ländlichen Raum. Sie sind als Pioniere und Pionierinnen der Wachstumswende und der ökosozialen Transformation zu betrachten. Die stärkste Bewegung ist die der Akteure städtischer Landwirtschaft, die mittlerweile auch die Stadtplanung beeinflusst. Urbane Landwirtschaft ist Symbol und realer Beitrag der Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft, die einerseits eine stärkere Unabhängigkeit von Markt und Staat anstrebt, andererseits auf Grundlagen der eigenständigeren Lebenssicherung angewiesen ist. Insbesondere die (Wieder-)Aneignung des öffentlichen Raums als politische Aktion ist dabei von Bedeutung. Auch die wachsende Bewegung energieautarker Gemeinden und genossenschaftlicher Gründungen im Energiebereich (Energie in Bürgerhand) sind starke Botschaften einer selbstbewusster

auf tretenden Zivilgesellschaft, die die Abhängigkeit von den mächtigen Großversorgern im Energiebereich, verbunden mit einer einseitigen Energiepolitik, ablehnen und die Möglichkeiten der Unabhängigkeit und der Wertschöpfung für ihre Interessen nutzen. Energie und Energieversorgung werden als Common, als Gemeingut entdeckt.

Bei allen Unterschieden der Akteure, Handlungsfelder und Organisationsstrukturen überwiegt das Gemeinsame, was diese ökonomischen Gebilde grundsätzlich vom wirtschaftlichen Mainstream unterscheidet: Sie integrieren wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen und ermöglichen durch den lokalen Bezug den Respekt vor den Erfordernissen der natürlichen Mitwelt, wenn sie nicht gar aus überwiegend ökologischen Gründen entwickelt wurden. Sie sind eingebunden in den sozial-kulturellen Kontext des Gemeinwesens und reagieren auf konkrete Bedürfnisse, die weder durch den Staat noch durch den Markt befriedigt werden. Sie basieren auf Kooperation und Reziprozität und organisieren sich nach demokratischen Regeln. Kapital hat dienende Funktion, das heißt, dass nicht die Kapitalvermehrung das vorrangige Ziel ist und die Gewinnverwendung dem definierten Sachziel folgt. Die Mischung von Tätigkeitsformen, Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit ist eines ihrer prägenden Merkmale. Gemeinsam ist ihnen also auch eine Entdifferenzierung der funktionalen Trennungen, die die kapitalistische Moderne prägte. Dadurch werden Denken und Handeln im Zusammenhang möglich, eine zentrale Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung. Gemeinwesenökonomien könnten als Rückgriffe auf vormoderne Strukturen missverstanden werden, sind aber Formen einer reflexiven Moderne,² deren Akteure die Kenntnis um die nicht kontrollierbaren und nicht intendierten Risiken und Schäden der industriellen Entwicklung und des westlichen Lebensstils zur Kontrastfolie des Denkens und Handelns machen. Sie öffnen damit einen Ausblick auf zukünftige Verhältnisse.

Hybride Organisationen und die Logik des intermediären Bereichs

Es geht bei Projekten der Gemeinwesenökonomie immer auch um die kollektive Produktion von Wissen, die Reduzierung von Abhängigkeiten und die Aneignung und Schaffung von Voraussetzungen für menschliches und soziales Gedeihen.³ Dieser Prozess ist von eminenter politischer Bedeutung. Er ist verbunden mit der Herausbildung neuer institutioneller Arrangements und einer neuen Gewichtung des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.

2 Beck, U. (2007): Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag GmbH.

3 Wright, E. O. (2010): Envisioning Real Utopias. London: Verso.

Die Diskussion um eine neue Balance zwischen den dominanten gesellschaftlichen Kräften und der Zivilgesellschaft (›Trisektoralisierung‹), welche die Systeme Staat und Markt demokratisch kontrolliert, ergänzt und eigenständige Lösungen ›von unten‹ generiert, findet sich in den Theorien des ›Dritten Sektors‹. Ich ziehe den Begriff ›intermediärer Bereich‹ vor, da er die Mischlogik des Agierens zwischen Staat, Markt und Lebenswelt verdeutlicht. Es handelt sich zudem nicht um einen abgeschlossenen Sektor, sondern um eine Handlungslogik. Die Handlungslogik dieses hybriden Bereiches ist nicht eindeutig, sondern vielfältig, und das ist ihr transformatives Potenzial. Er ist nicht gebunden an Hierarchie und Macht, die den staatlichen Sektor dominieren, oder an Wettbewerb und Kapitalakkumulation, die den Markt prägen. Im gesellschaftlichen Bereich zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft entstehen – oft als Antworten auf Staats- oder Marktversagen – assoziative Prozesse und Strukturen, die aus den Bedürfnissen und dem Alltagshandeln der Bürgerinnen und Bürger resultieren. In die Steuerungslogik fließen Gestaltungswillen, Eigensinn und Verantwortung ein. Sie tangieren die Systeme Staat und Markt, wie zum Beispiel im Bereich der informellen Ökonomien oder der Bürgerinitiativen, und wirken dort korrigierend, ergänzend und erneuernd. Sie entstehen im informellen Bereich jenseits der Logik des Marktes, befriedigen konkrete Bedarfe der Lebenswelt, beruhen auf Selbstorganisation und nutzen ökonomische Mittel zur Lösung sozialer Probleme.

Es sind hybride Gebilde, deren innovatives Potenzial auf der Mischung verschiedener Logiken basiert. Sie vertreten eine Logik des ›Sowohl-als-auch‹, nicht des ›Entweder-oder‹. Sie verfolgen ökonomische, soziale und ökologische Interessen, agieren im ökonomischen Sektor, sind in der Zivilgesellschaft verankert und tangieren oft umwelt-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen. Sie durchdringen also auch die Systeme Markt und Staat und bewirken eine Entdifferenzierung. Einseitige Spezialisierung und die Ferne zu lebensweltlichen Bezügen weichen einer erweiterten Perspektive, die neue Handlungsoptionen erzeugt⁴ und gleitende Übergänge zum Beispiel vom informellen in den formellen Sektor ermöglicht. Auch die Mischung der diversen Tätigkeitsformen, Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit sowie die damit verbundenen Rollen haben innovative Wirkung, denn sie führen zu einer Pluralisierung von Sichtweisen. Flache oder mangelnde Hierarchien bis hin zum genossenschaftlichen Demokratieprinzip (›one person, one vote‹) sowie die Aufhebung von Rollentrennungen zum Beispiel zwischen Arbeit gebender und Arbeit nehmender Seite erfordern und ermöglichen eine weitere Perspektive. Typisch für diesen hybriden Bereich sind offene Formen heterarchischer Netzwerke, loser Kopplungen und rhizomartiger Verzweigungen.

4 Elsen, S. (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. München und Weinheim: Juventa.

Die strukturellen Möglichkeiten der Zwischenwelt verweisen auf einen gesellschaftspolitischen Entwicklungsbedarf, denn gerade da, wo innovative Lösungen erforderlich sind, zum Beispiel im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich, müssen Voraussetzungen in Form von Ermöglichungsstrukturen und Lernkontexten gegeben sein, die soziale Experimente und sozialproduktive Alternativen fördern. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen in der Lage sein, ihre Interessen in Forderungen zu artikulieren oder Fehlentscheidungen zu verhindern. Dies aber erfordert ihre politische Organisations- und Artikulationsfähigkeit und verweist auf den erforderlichen Machtausgleich durch Bildungs- und Ermöglichungsprozesse zum Beispiel durch Ansätze des ›Community Development‹ und des ›Community Education‹.

›Commons und Community‹

Mit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom im Jahr 2009 haben die ökosozialen und solidarökonomischen Bewegungen unerwarteten Rückenwind erhalten.⁵ Elinor Ostrom war die bedeutendste Vertreterin des ›Commons‹-Ansatzes. Die (Wieder-)Aneignung, Erhaltung und Bewirtschaftung der ›Commons‹ (Gemeingüter) könnte die praktische Voraussetzung für ein solidarisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem schaffen. Sie ist eine Kampfansage gegen den Privatisierungswahn und die bizarren Formen der Plünderung und Enteignung von Menschen und Gemeinwesen durch internationale Großkonzerne und ihre Lobby und ein Plädoyer für Überlegungen über eine nachhaltige Wirtschaftsordnung, in deren Zentrum die Lebensqualität des Gemeinwesens, die Evolutionsfähigkeit der Natur und der Zugang zu den Voraussetzungen eines gelingenden Lebens stehen.

›Commons‹ sind das gemeinsame natürliche und kulturelle Erbe einer Gemeinschaft. Zu ihnen zählen nicht nur die Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Wälder, Fischgründe, Luft, Landschaften, Artenvielfalt etc., sondern auch soziale Organisationsformen wie öffentliche Räume, Daseinsvorsorge, Sozialversicherungssysteme, Gesetze und vieles mehr. Zu den kulturellen Gemeingütern zählen Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsformen, Sprache, Riten, Traditionen etc. ... Gemeingüter (das ›gemeine Eigene‹) sind die materielle und immaterielle Basis der Gemeinwesen. Sie bilden die Grundlage produktiver, reproduktiver und kreativer Prozesse. Die materiellen Rahmenbedingungen der Natur wie auch deren Regenerationszyklen bestimmen wesentlich die Gemeingüter. »Am Gemeingut – commons – erhält die Koexistenz der Menschen miteinander

⁵ Elinor Ostrom (+ 2012) war Professorin für Politikwissenschaften an der Indiana University, Bloomington.

und unserer natürlichen Mitwelt praktische Bedeutung. Gebrauch und Fürsorge müssen eine Einheit am Gemeinschaftsgut bilden. [...] Am Gemeingut lernen Menschen wechselseitiges Beraten statt hierarchisches Diktieren und eine gemeinsame Verantwortung [...].«⁶

Gemeingüter basieren auf öffentlichen oder gemeinschaftsbasierten Formen des Nutzungseigentums, welche nicht ausschließen, sondern den Zugang und nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten sichern. Das Recht auf Zugang zu den grundlegenden Gemeingütern folgt der Prämisse sozialer Gleichheit und der Teilhabe am Erbe der Natur sowie der sozialkulturellen Evolution und ist ein grundlegendes Menschenrecht. Der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm (+ 2012) stellt dieses Recht in den Kontext der ökosozialen Krise, deren Risiken prinzipiell alle Menschen betreffen. Die marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen werde unumgänglich sein, um der drohenden Krise die Spitze zu nehmen.⁷

Der gesicherte Zugang zu diesen Grundlagen für alle ist von höchster sozialpolitischer Bedeutung und die erhaltende Bewirtschaftung lokal-regionaler Ressourcen ist eine Voraussetzung nachhaltiger ökologischer und ökonomischer Entwicklung. Die erhaltende Nutzung von Gemeingütern braucht sozialen Zusammenhalt und Bürgerinnen und Bürger, die ihre ökosozialen Rechte mit der Übernahme von Pflichten verbinden. Insofern ermöglichen und produzieren Gemeingüter auch soziale Kohäsion und schaffen dadurch Gemeinwesen. Die Qualität der Beziehung zwischen den Mitgliedern der nutzenden Gemeinschaften und zwischen diesen und den Lebensressourcen ist Schlüssel zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensmodells.

Die Privatisierung von Gemeineigentum wird mit der Gefahr des Raubbaus und der mangelnden Sorge der Nutzenden sowie dem Argument effektiverer Nutzung und Produktivität durch marktförmige Bewirtschaftung gerechtfertigt. Die Abhängigkeit der Menschen vom Zugang zu diesen Ressourcen garantiert Investoren hohe, langfristige und sichere Renditen. Gemeingüter müssen dafür allerdings der Allgemeinheit enteignet und zu veräußerbarem Privateigentum gemacht werden. Die Versuche, freie Ressourcen der Verwertung im Markt zu unterwerfen, werden immer massiver. Die Patentierung von Zucht- und Wildpflanzen sowie von Tieren ist neben der Privatisierung von Wasser und der Aneignung von Boden derzeit weltweit die am heftigsten umkämpfte Enteignung von Gemeingütern, denn es handelt sich um Überlebensgüter (>life goods<).

Die Übernutzung endlicher Ressourcen ist tatsächlich eine Gefahr, sofern die Nutzung keinen Regeln unterliegt. Doch die Prämisse, Menschen würden nur ihren individuellen und kurzfristigen Nutzenüberlegungen folgen und

6 Dürr, Hans-Peter/Dahm, Daniel/zu Lippe, Rudolph: »Wir müssen lernen, anders zu denken« Potsdamer Manifest 2005, Auszüge. In: Göhler, A. (Hrsg.) (2011): Zur Nachahmung empfohlen. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag.

7 Hobsbawm, E. (2001): Freiheit, Gleichheit, Müdigkeit. Süddeutsche Zeitung, 27.03.2001.

deshalb Raubbau an Gemeingütern betreiben, entspricht der fehlerhaften Denkfigur des ›homo oeconomicus‹, die den sozialen Kontext ökonomischen Handelns, die Regeln des Zusammenlebens im Gemeinwesen und die vielfältigen Motive wirtschaftlicher Akteure negiert. Elinor Ostrom weist als Antwort auf diese Argumentationen auf die Notwendigkeit eines Gemeineigentumsregimes hin.⁸ Dies bedeutet, dass die nachhaltige Nutzung der ›Commons‹ wirksame institutionelle Arrangements erfordert, die der Einbindung in die Community Rechnung tragen. Die erfolgreiche Organisation von Gemeingütern beruht nach den langjährigen und weltweiten Untersuchungen Ostroms auf acht Design-Prinzipien. Dazu gehören eindeutige und akzeptierte Grenzen zwischen legitim Nutzenden und Nichtnutzern, Sanktionen bei Verstößen gegen vereinbarte Regeln, ein präzises Monitoring der Ressourcen und der Nutzer, lokale Arenen für schnelle Konfliktlösungen und ein Mindestmaß an Rechten der Gemeinschaft, sich eigene Regeln zu geben. Ostrom weist nach, dass nicht nur private oder öffentliche Eigentumsformen, sondern eine Vielzahl von regelbasierten Mechanismen existieren, die eine effektive und nachhaltige Verwaltung der Gemeingüter gewährleisten. Bürgerinnen und Bürger seien die zentralen Akteure der polyzentrischen Verwaltung natürlicher Ressourcen. Es bedürfe der Schaffung von Institutionen, die Reziprozität, Vertrauen und Verantwortungsübernahme im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements für gemeinsame Belange erleichtern, da das Verhältnis der Nutzenden zu den Ressourcen wesentlich für eine verantwortliche und gerechte Verwaltung der Gemeingüter sei.

Der Gemeingüterbegriff verweist also auf eine Mit-Besitzerbeziehung, die zugleich eine Mit-Verantwortungsbeziehung und Mit-Nutzerbeziehung ist.⁹ Diese Überlegung zu verantwortlichen Nutzergemeinschaften legt für die Verwaltung endlicher Naturressourcen, insbesondere Wasser und Boden, ebenso wie für die Organisation von Kultur, Bildung, Freizeit, Gesundheit und Sozialem genossenschaftliche Formen nahe, in denen Bürgerinnen und Bürger gestaltend mitwirken. Ein demokratisches Modell der Verwaltung von Gemeingütern sind kooperative ›Stakeholderformen‹, die aus verschiedenen Nutzergruppen eines Gemeinwesens zusammengesetzt sind.

Die neoliberale Ökonomie und die ökosozialen Zerstörungen bewirken gerade im Bereich der Verteidigung der Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Wissen, öffentliche Einrichtungen etc.) weltweit konkrete Alternativen zur Abhängigkeit von den globalen Märkten. Neue ökosoziale Wirtschaftsformen, das breite Spektrum der als Solidarökonomie bezeichneten Praktiken, zum Beispiel genossenschaftliche

8 Ostrom, E. (2009): Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In: Helfrich, S. (2009): Gemeingüter: Eine große Erzählung. In: Wem gehört die Welt? München: oekom verlag.

9 Helfrich, S. (2009): Gemeingüter: Eine große Erzählung. In: Wem gehört die Welt? München: oekom verlag.

Ökonomien, Zeitbanken und Gemeinschaftsnutzungen lassen sich mit dieser Dynamik ebenso erklären wie die aktuellen Bewegungen, Diskurse und Strategien zur Wiederaneignung der ›Commons‹. Die Akteure dieser Bewegungen sind Teil der globalen Zivilgesellschaft und eine kulturelle Kraft, die die Bedürfnisse des Lebens und Zusammenlebens gegenüber den Interessen des Marktes und den politischen Systemen verteidigt. Gemeingüter können in diesem Sinne Basis und Ergebnis einer solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden. Die Wiederaneignung der Gemeingüter ist mit der Kultur und Praxis der Gemeinwesenökonomie zu verbinden und als materielle und kulturelle Grundlage eines zukunftsfähigen Gemeinwesens zu gestalten. Diese Perspektive stellt ›Community Development‹ und ›Community Organizing‹ in einen zukunftsorientierten Bezugsrahmen.

Neue Subsistenzwirtschaft

In enger Verbindung mit der Frage der Wiederaneignung und Bewirtschaftung der ›Commons‹ steht die Bewegung neuer Subsistenz. Im weiteren Sinne lassen sich darunter alle Formen des freien Engagements zur eigenen und gemeinsamen Lebenssicherung und generell Formen marktunabhängiger sozialer Produktivität verstehen. Dazu gehören zum Beispiel handwerkliche und künstlerische Eigenarbeit, familiäre und überfamiliäre Sorgearbeit, neue Solidarsysteme auf Gegenseitigkeit und urbane Landwirtschaft als derzeit stärkste Bewegung.

Ansätze neuer Subsistenz verbreiten sich derzeit weltweit. Selbsterntegärten und Bauerngärten und die Bewegung der Interkulturellen Gärten wachsen weiter, Nachbarschaftsgärten, Kiezzgärten und Gemeinschaftsdachgärten entstehen und vernetzen sich untereinander. Urbane Landwirtschaft ist Symbol und realer Beitrag der Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft, die einerseits eine stärkere Unabhängigkeit von Markt und Staat anstrebt, andererseits auf Grundlagen der eigenständigeren Lebenssicherung angewiesen ist. Die Münchener Sozialwissenschaftlerin Christa Müller¹⁰ konzipiert, fördert und dokumentiert seit vielen Jahren Ansätze der Eigenarbeit und der neuen Subsistenz. Was sich in den letzten Jahren mitten in unseren Städten ereignet, ist, so Müller, aufsehenerregend. In Berlin bauen junge Großstadtmenschen Seite an Seite mit türkischen Alteingesessenen am Kreuzberger Moritzplatz Gemüse in Bäckerkisten und ausgedienten Reissäcken an. Die ersten Berliner Parks werden von Anwohnerinnen und Anwohnern übernommen und in Eigenregie betrieben. Der Berliner Senat sah sich nicht mehr in der Lage, die zahlreichen

¹⁰ Müller, C. (2011): Urban Gardening: Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt München. München: oekom verlag.

Parks und öffentlichen Gärten zu pflegen. Die Übertragung an die Bürgerinnen und Bürger war eine kluge Lösung, die jedoch auch von wachsender öffentlicher Armut zeugt und bereits Teil neuer Bewältigungsstrategien privater Armut ist. Dies gilt nicht nur für Berlin. Während neue Gemeinschaftsgärten seit Ende der 1990er-Jahre insbesondere der Förderung der interkulturellen und intergenerativen Koexistenz in der Stadt dienten oder auch therapeutische und sozialkulturelle Ziele verfolgten, rückt zunehmend der Beitrag zur Existenzsicherung einer wachsenden Armutsbevölkerung in das Zentrum der Gartenbewegung.

Eine Romantisierung ist also unangebracht. Doch die vielfältigen Möglichkeiten gemeinsamer Alltagsbewältigung oder der Aneignung produktiver Räume ist ein zentraler Aspekt ökosozialer Entwicklung und unter sozial- und umweltpolitischer Sicht ein großes Potenzial, welches in Verbindung mit einer bedingungslosen Grundsicherung zu denken wäre. Interessant erscheint mir, dass diese Bewegung der sozialproduktiven Eigenarbeit kulturelle, soziale und generative Grenzen überschreitet und auch deshalb Gemeinwesen neu entstehen lässt. Die Prozesse der Aneignung und eigenständigen Bewirtschaftung sind zu erkennen als Ansätze der Rückbettung ökonomischen Handelns in gesellschaftliche Zusammenhänge, und eben dies trifft den Kern der ökosozialen Transformation.

Genossenschaften als Vorreiter einer reflexiven Moderne

Die Gründung von Genossenschaften vollzog sich stets als Reaktion auf die Wahrnehmung von Wirtschaftskrisen.¹¹ Betrachtet man die Bereiche, in denen sich die aktuellen Gründungen vollziehen, zeigt sich jedoch eine neue Dimension der Kumulation neuer gesellschaftlicher Unsicherheiten und Bedrohungen sowie eines hohen Transformationsdrucks. Es geht um Zugang zu Krediten für kleine Unternehmen unter den Bedingungen der Finanzkrise, um Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten unter Bedingungen des sozialstaatlichen Abbaus, um Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, insbesondere Lebensgütern – zum Beispiel Wasser – unter Bedingungen der Privatisierung sowie um eine gesicherte Versorgung der lokalen Bevölkerung in weitgehender Eigenständigkeit und unabhängig von den Unsicherheiten des Weltmarktes. Einen starken Impuls erfährt die neue Welle der genossenschaftlichen Selbstorganisation durch das wachsende Bewusstsein der Zivilgesellschaft für die überlebensnotwendige ökosoziale Transformation zur Bewältigung des Klimawandels und der bevorstehenden Knappheit an lebenswichtigen Ressourcen.

¹¹ Schwendter, R., Hrsg. (1986): Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Teil 1, Die Mühen der Berge. Neu-Ulm: AG Spak Verlag.

Genossenschaften sind nicht von Kapital- und Wachstumsinteressen dominiert. Ihr ökonomisches Potenzial liegt in der Möglichkeit der Bündelung von Kräften, der tendenziellen Ausschaltung des Marktes durch die Mitgliederwirtschaft und das Identitätsprinzip. Wertschöpfung und Wertverteilung folgen der Zweckbestimmung die von den Mitgliedern definiert wird und sie sind nicht dominiert von Investoreninteressen. Genossenschaften können auch demokratische Organisationsmodelle für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Belange im Rahmen lokaler und regional vernetzter Demokratien sein. Sie erwiesen sich in der Geschichte und sie erweisen sich heute in vielen Weltregionen als Organisationsformen der ökosozialen Transformation und Entwicklung. Als soziale und ökonomische Gemeinschaftsformen entstehen sie nicht ohne Grund weltweit neu. Ihr besonderes Potenzial liegt in der Mischung von Kultur- und Strukturelementen verschiedener gesellschaftlicher Handlungslogiken und der Herausbildung sozial eingebundener und bedarfsspezifischer Lösungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Ihr Aktionsradius ist überwiegend lokal und regional, was sie für alle Ansätze nachhaltiger Entwicklung interessant macht. Aus diesem Grund sind sie gerade auch für die lokale und regionale Versorgung und die Bewirtschaftung von Gemeingütern geeignet.

Soziale Innovationen im Wohnbereich

Wohnungsgenossenschaften spielen für die Erhaltung und Entwicklung des Gemeinwesens eine zentrale Rolle und viele von ihnen bemühen sich, die sozialkulturelle Genossenschaftsidee wieder zu beleben. Gerade einkommensschwächere Haushalte sind auf bezahlbare Wohnungen und eine funktionierende Nachbarschaft angewiesen. Wohnungsgenossenschaften spielen in der sozialen Stadtentwicklung und im Stadtumbau, insbesondere angesichts der veränderten Demografie, eine wichtige Rolle. Als Mitgliederbetriebe haben sie gute Möglichkeiten, auf veränderte Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu reagieren und diese aktiv einzubeziehen.

Wohnungsgenossenschaften haben auch die Möglichkeit, Tochterstrukturen, zum Beispiel Sozialgenossenschaften, für die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu gründen und gemeinsam mit den Mitgliedern zu betreiben. Ein gelungenes Beispiel ist der Verein ›Generationenwohnen‹ der Münchener Wohnungsgenossenschaft West, ein weiteres die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg e.G. in Chemnitz, die auf der Basis von Potenzial- und Bedarfsanalysen unter Beteiligung zahlreicher Akteursgruppen aufgebaut wurde. Die Organisation des Alltagslebens bot in diesem Fall Möglichkeiten zur Generierung neuer Tätigkeitsfelder. Als eigene Geschäftsfelder betreibt die Stadtteilgenossenschaft ein Bürger-Service-Zentrum mit Angeboten der Kommunikation, Information und Kooperation, sowie ein Zentrum für wohnungsnahe Dienstleistungen.

Gemeindegensossenschaften

Genossenschaftliche Verbände eignen sich als Organisationsformen zur Bewirtschaftung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie der lokal-regionalen Wertschöpfung. Im Bereich der Daseinsvorsorge substituieren sie öffentliche Anbieter oder lösen, wie im Fall der Wasserversorgung, privatisierte Strukturen ab. Es handelt sich dann zwar um privatwirtschaftliche Leistungen, doch birgt diese Variante die Möglichkeit, eine rein kommerzielle Privatisierung durch demokratisch kontrollierte Organisationsmodelle zu verhindern und den Zugang für alle zu sichern. Während kommerziell motivierte Privatisierungen immer mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden sind, kann angenommen werden, dass durch genossenschaftliche Lösungen Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten und neue geschaffen werden. Die genossenschaftliche Organisation ist neben der Beschäftigungswirksamkeit auch mit Steuerungsvorteilen verbunden. Die örtliche Einbindung und Kontrolle, die Verringerung opportunistischer Verhaltensweisen der Mitglieder sowie die Verhinderung dysfunktionaler Mittelabflüsse bergen erhebliche Potenziale einer effizienten Organisation.

Auch in diesem Bereich kommt Italien eine Vorreiterrolle zu. Als Antwort auf die Verschärfung der fiskalischen, ökonomischen und sozialen Problemstellungen, die sich insbesondere auf lokaler Ebene niederschlagen, wurde die Form der Gemeindegensossenschaft (*cooperative di comunità*) entwickelt. Zu vergleichen sind diese Multistakeholder-Genossenschaften mit den seit Ende der 1990er-Jahre in Deutschland entstandenen Stadtteilgenossenschaften, die dort vor allem auf dem Engagement der Wohnungsgenossenschaften basieren. Die italienische *cooperative di comunità* versteht sich als unternehmerische Struktur, welche die Selbstorganisation der Bürger und die Selbsthilfe der Gemeinden mit dem Ziel ermöglicht, fundamentale Rechte der Bürger unter den krisenhaften Bedingungen zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, an Lösungen für das Gemeinwesen aktiv zu partizipieren.¹² Dabei wird das gesamte Spektrum der Grundlagen des Gemeinwesens berücksichtigt: Nahraumversorgung, Schulen, sozio-sanitäre Dienste, ökologische Belange, aber auch Beschäftigung und Qualifizierung insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften

Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften ermöglichen bedarfsspezifische Lösungen, die zudem kosteneffizient arbeiten, da keine Ressourcenabflüsse an Investoren oder Overheadkosten an Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie abgeführt werden. Auch im Fall öffentlicher Förderung ermöglichen Genossenschaften optimale Ressourcennutzung, Transparenz und die demokratische Mitsprache der NutzerInnen. Genossenschaftsgründungen im Bereich sozialer

¹² Legacoop: Guida alle Cooperative di Comunità. Lecce, 2011.

und gesundheitlicher Dienste reagieren auf neue soziale Bedürfnisse und Selbstvertretungsansprüche Betroffener. Ein weiterer Grund ist in der Tatsache zu sehen, dass insbesondere Frauen neue überfamiliäre Formen zur Organisation des traditionell familienbezogenen ›Careworks‹ suchen.

Seit Erlass des Gesetzes zur Regelung von Sozialgenossenschaften 1991¹³ in Italien sind zahlreiche Kooperativen im Gesundheits- und Sozialbereich oder Produktivgenossenschaften mit beschäftigungsorientierten und ökologischen Zielsetzungen entstanden. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Industrie und Handel. Im Verwaltungsrat der Kooperative müssen 30 Prozent der Sitze von Angehörigen der betroffenen Zielgruppen besetzt sein.¹⁴ In den ersten zehn Jahren nach In-Kraft-Treten des Gesetzes Nr. 381/91 wurden ca. 6000 Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung gegründet, in denen rund 147.000 Personen hauptamtlich tätig waren.¹⁵ Diese demokratischen Organisationsformen sind auch aus der Perspektive der Emanzipation benachteiligter Menschen in der Kultur der ›Independent-Living-Bewegung‹ von Interesse, da sie Alternativen gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung darstellen.

Soziale Innovationen im Bereich der Landwirtschaft

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften sind in besonderer Weise geeignet, in ländlichen Strukturen sowie zwischen städtischen Gebieten und dem ländlichen Umfeld die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Sie gewährleisten ökologisch nachhaltige Produktion, was nach zahlreichen Lebensmittelskandalen auf wachsendes Interesse stößt. In der Vermarktung landwirtschaftlich produzierter Nahrungsmittel kommen 70 bis 80 Prozent des Preises, den der Verbraucher zahlt, dem Einzel-, Zwischen- und Großhandel zugute. Die genossenschaftliche Organisation des Absatzes im regionalen Raum ermöglicht die Ausschaltung dieses Mittelabflusses, der insbesondere kleine Produzenten belastet. Direktvermarktung und lokale Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte gewinnen an Bedeutung. Die systematische Verknüpfung von Erzeugern, weiterverarbeitendem lokalem Handel und Verbrauchern kann eine wirksame Strategie zur Stärkung der lokalen und regionalen Ökonomie sein. Denkbar ist die Förderung durch regionale Komplementärwährungen oder das System der ›Community Supported Agriculture‹ (CSA).

13 Istituto Italiano degli Studi Cooperativi »Luigi Luzzatti« (1992): Legge 8 novembre 1991, n. 381 – Disciplina delle cooperative sociali, Roma, S. 18 f.

14 Als solche gelten Langzeitarbeitslose, Haftentlassene, Menschen in sozial benachteiligten Lebenssituationen, Psychiatrieerfahrene etc.

15 Centrostudi Legacoop: Legacoop in cifre pre-consuntivi 2003 e stime 2004. Unter: www.legacoop.it (letzter Zugriff am 15. Juli 2006).

Soziale Innovationen durch Seniorengenossenschaften und Zeitbanken

Die Angst vor Armut, Einsamkeit und Fremdbestimmung im Alter und die Engagementbereitschaft von älteren Menschen stehen hinter den Gründungen von Seniorengenossenschaften. Das genossenschaftliche Identitätsprinzip und das Demokratieprinzip gewährleisten Selbstkontrolle, Selbstorganisation und Selbstbestimmung in Fragen, die tief in das persönliche Leben der Betroffenen reichen. Kern der Seniorengenossenschaft bilden generationsübergreifende Zeitbanken.¹⁶ Zeit hat dabei die gleichen Funktionen wie Geld: sie ist Tauschmedium, Recheneinheit und Mittel der Wertaufbewahrung. Gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel hat sie jedoch Vorteile: Sie ist wertstabiler, denn Zeit gewinnt oder verliert nichts über eine längere Phase. Zins und Inflation können einem Zeitguthaben nicht schaden oder zusätzlich nutzen. Alle Menschen verfügen über Zeit, auch und besonders diejenigen, die wenig Geld haben und ihr Arbeitsvermögen im monetarisierten Markt nicht einbringen können. Durch Zeittausch können auch Arbeiten für private und öffentliche Auftraggeber im Gemeinwesen erschlossen werden, für die kein Geld vorhanden ist. Nicht zuletzt fördern die Möglichkeiten der Zeitwährungen die Bildung und Nutzung von Human- und Sozialkapital. Sie beruhen auf dem Vertrauen in Fähigkeiten, die jeder Mensch besitzt, die er selbst weiterentwickelt und die andere nutzen können.

Nahraumversorgung

Nahraumversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs ist Voraussetzung für die Erhaltung von Dorfstrukturen und trägt maßgeblich zur Lebensqualität bei. Genossenschaftliche Dorfläden gewährleisten die Versorgung älterer und nicht mobiler Personengruppen in ländlichen Räumen, ermöglichen Direktvermarktung und sind zudem Kommunikationspunkte im Ort. Sie sind keine Supermärkte, sondern Genossenschaften, die neben ihren wirtschaftlichen auch wichtige soziale Ziele verfolgen. Sie basieren auf einer Mischung bezahlter Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Sie dienen dem Gemeinwohl und in vielen peripheren Regionen Europas wird versucht, mithilfe öffentlicher Förderungen diese wertvolle Struktur des Dorflebens mit anderen wichtigen Funktionen nach dem Motto ›alles unter einem Dach‹ – Infopoint, Post, Sparverein, Bar, Mütter- und Altentreff etc. zu verbinden und den sterbenden Dörfern wieder einen lebendigen Kern zu geben.

Das derzeit beste Beispiel ist der ›Nordwaldmarkt‹ in Nordhalben in der Region Nordostoberfranken. Die Gemeinde mit 1.800 Einwohnern befindet sich im strukturschwachen ehemaligen Zonenrandgebiet und ist geprägt von Abwanderung und demografischem Wandel. Als 2010 der einzige Vollsortimenter vor Ort den Betrieb einstellte, wurden die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv und

¹⁶ Lietaer, B.(2011): Das Geld der Zukunft. München: Riemann Verlag.

sicherten ihre eigene Versorgung durch einen genossenschaftlichen Laden. Ohne diese Versorgung würde sich die ohnehin schwierige Situation weiter verschärfen. Dem Laden, der in kinder-, senioren- und behindertengerechten Räumlichkeiten untergebracht ist, wurden ein Bistrobereich, sanitäre Anlagen, ein öffentlicher Bücherschrank und ein Treffpunkt mit Spielecke angegliedert. Der Laden liefert durch ehrenamtliche Helfer und gegen einen kleinen Aufpreis auch die Waren ins Haus. Dieses Beispiel zeigt die soziale Bedeutung einer genossenschaftlichen Nahraumversorgung und die Belebung des bürgerschaftlichen Engagements in eigener und gemeinsamer Sache.

Energie fürs Gemeinwesen

Besondere politische Schubkraft haben die seit mehreren Jahren unter der Bezeichnung ›Energie in Bürgerhand‹ entstehenden Energiegenossenschaften. Sie resultiert aus der Sorge um eine ökologisch verantwortbare Energieversorgung, ist aber auch Reaktion gegen die Marktmacht der Energiekonzerne und eine lobbygesteuerte Politik, die deren Interessen dient. Vieles spricht dafür, Energie und Wasser durch öffentliche Strukturen, zum Beispiel Stadtwerke, bereitzustellen. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben sich erfolgreich gegen die Begehrlichkeiten der Energieriesen durchsetzen können, die sich durch die Privatisierung von Energie, Wasser und anderen Grundlagen des Gemeinwesens hohe und nachhaltige Renditen sichern. Die einzige wirkliche Alternative zur staatlichen Organisation der Energieversorgung ist eine Energieerzeugungs- und/oder Energieverbraucher-genossenschaft. Sie ist gesetzlich auf die Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet und muss nutzer- statt investorenorientiert handeln.¹⁷ Energiegenossenschaften erzeugen, vertreiben und nutzen regenerative Energien und bestimmen den Preis selbst. Sie sind ein Votum gegen die Praxis ökologischer Verantwortungslosigkeit und für die Relokalisierung, Entmonopolisierung und demokratische Kontrolle der Energieversorgung auf Basis regenerativer Quellen.

Bürgerinnen und Bürger haben die Vorteile selbst organisierter Energieversorgung durch genossenschaftliche Lösungen auch im Sinne der lokal-regionalen Wertschöpfung erkannt. Zunächst sind es finanzielle Vorteile, die den NutzerInnen und dem Gemeinwesen zugutekommen. Auch für sie ist die Investition mit langfristigen Renditen verbunden. Die hohen und dauerhaften Gewinne, die ansonsten zugunsten nicht beeinflussbarer Konzerngeflechte aus den Städten und Regionen abfließen, können als Wertschöpfungsquelle für gemeinwohlorientierte Aufgaben genutzt werden. In Genossenschaften entscheiden die Nutzenden

17 Flieger, B. (2011): Energiegenossenschaften – Eine klimaverantwortliche, bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich. In: Elsen, S., Hrsg. (2011): Ökosoziale Transformation. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.

nicht nur über die Energiequellen, sondern auch über die Gewinnverwendung. Einige Energiegenossenschaften führen einen ›Sozial-Agio‹ nicht nur zugunsten des eigenen Gemeinwesens, sondern auch in Partnerschaft mit einem Entwicklungsland ab.¹⁸

Abschließende Überlegungen

Die Wachstumswende kann erst dann zur Handlungsmaxime werden, wenn sie mit dem Erkennen von Möglichkeiten erstrebenswerter Perspektiven verbunden werden kann. Eine Schlüsselfunktion kommt der Organisation von Arbeit im lokal-regionalen Kontext zu. Es geht einerseits um neue Formen der Erschließung von Erwerbsarbeit und die Förderung lokaler Wertschöpfung durch die Verbindung von lokaler Produktion und lokalem Konsum, die systematische Verknüpfung von Bedürfnissen und Potenzialen,¹⁹ lokal-regionale Netzwerke oder Primär- und Sekundär-genossenschaften zur Sicherung und Bewirtschaftung von Gemeingütern. Auf der anderen Seite steht die Pluralisierung und Sichtbarmachung einer Vielfalt sozialökonomischer Tätigkeiten als Möglichkeit der Gestaltung des Lebens und Zusammenlebens im Zentrum.

Aktivitäten auf der Ebene lokaler Gemeinwesen können nationale und globale Dynamiken nicht außer Kraft setzen, doch sind sie in ihrer Bedeutung auch in Bezug auf Prozesse der ökosozialen Transformation mit größerer als nur lokaler Reichweite nicht zu unterschätzen. Lokale und regionale Lebensräume eröffnen Gestaltungsräume in all den Wirkungsbereichen, die örtlich verankert sind. Der Raumbezug hebt die Trennung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Sphären potenziell auf und ermöglicht integrierte Handlungsansätze sowie kollektives Lernen. Lokales Agieren, zum Beispiel in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Verteidigung von Naturressourcen und Handlungsoptionen kann globale Reichweite erzielen. Die Perspektive über die lokale Operationsebene hinaus ist im Konzept Nachhaltigkeit angelegt. Lokale Entwicklung fördert auch die Herausbildung neuartiger lokal-globaler Institutionen in der Weltgesellschaft sowie Transformationsprozesse innerhalb und zwischen Institutionen und gesellschaftlicher Umwelt.

18 Beispiele: Friedrich Wilhelm Raiffeisen e.G. Bad Neustadt, Wärme-Strom-Gemeinschaft Schwabach e.G., Energiegenossenschaft Odenwald e.G., Photovoltaikgenossenschaft St. Ingbert, fairPla.net e.G. Münster.

19 Z. B. im Bereich der Nahraumversorgung, haushaltsbezogener Dienstleistungen, der Direktvermarktung etc.

Literatur

Beck, U. (2007): Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag GmbH.

Elsen, S. (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. München und Weinheim: Juventa.

Elsen, S., Hrsg. (2011): Ökosoziale Transformation. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.

Göhler, A. (Hrsg.) (2011): Zur Nachahmung empfohlen. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag.

Helfrich, S. (2009): Gemeingüter: Eine große Erzählung. In: Wem gehört die Welt? München: oekom verlag.

Hobsbawm, E. (2001): Freiheit, Gleichheit, Müdigkeit. Süddeutsche Zeitung, 27.03.2001.

Lietaer, B. (2011): Das Geld der Zukunft. München: Riemann Verlag.

Müller, C. (2011): Urban Gardening: Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt München. München: oekom verlag.

Schwendter, R., Hrsg. (1986): Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Teil 1, Die Mühen der Berge. Neu-Ulm: AG Spak Verlag.

Wright, E. O. (2010): Envisioning Real Utopias. London: Verso.